

Landespressekonferenz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Stuttgart am 5. Mai 2017



Geld aus Berlin für gute Bildung in Baden-Württemberg: Schulbausanierungsstau und Lehrermangel wirksam bekämpfen

Mit:

**Marlis Tepe, GEW-Vorsitzende und
Doro Moritz, GEW-Landesvorsitzende Baden-Württemberg**

Statement der GEW-Landesvorsitzenden Doro Moritz

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

an vielen Schulen im Land fehlt Geld für notwendige Sanierungsarbeiten, für die seriöse Finanzierung von Reformprojekten wie die Inklusion fehlt das Geld, inzwischen auch für die Abdeckung des Pflichtunterrichts und die grün-schwarze Landesregierung will weiter Lehrerstellen streichen. Gleichzeitig halten Ministerpräsident Winfried Kretschmann und die grün-schwarze Landesregierung eisern am Kooperationsverbot fest, anstatt Geld aus Berlin zur Sanierung und zur besseren Ausstattung der Schulen zu nutzen und durch diese Entlastung mehr Geld für neue Lehrkräfte und guten Unterricht zu haben.

Mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ macht sich die GEW für mehr Geld für Bildung stark. In gut vier Monaten findet die Bundestagswahl statt. Die Bildungsgewerkschaft GEW macht heute und bei ihrem Gewerkschaftstag in Freiburg deutlich, was sie von den Parteien erwartet.

- GEW mit Abstand größte Interessenvertretung für Bildung im Land
- Größter Landesverband bundesweit mit 50.000 Mitgliedern (Bund 280.000)
- Baden-Württemberg mit 52 Delegierten größte Delegation

Für gute Bildung unserer Kinder und Jugendlichen brauchen wir mehr als Sonntagsreden und Absichtserklärungen. Für eine erfolgreiche Vorbereitung auf das Leben und die Arbeitswelt reicht es nicht aus, dass Kinder Kita-Plätze haben und der Pflichtunterricht einigermaßen stattfindet. Wer ernsthaft verhindern will, dass unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet, wer Artikel 11 unserer Landesverfassung ernst nimmt, wer gute Qualität von Bildungsangeboten sicherstellen will, muss deutlich mehr in Bildung investieren, in Personal, in Gebäude, in Strukturen. Und das geht nur gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen.

Mich als Vorsitzende der GEW in Baden-Württemberg macht es regelmäßig wütend, dass die Politik die Bedeutung der Bildung kennt, auch die hohe Wirksamkeit der frühen Bildung, dass sie die unbe-

strittene Notwendigkeit des frühen Erwerbs der deutschen Sprache für eine erfolgreiche Bildungsbiographie betont und sich dies kaum in zusätzlichen Investitionen auswirkt.

Eine aktuelle OECD-Studie belegt, dass bei Migrant/innen der Bildungsaufstieg in Deutschland nur schwer gelingt. In Ländern wie Österreich oder der Schweiz werden Kinder aus bildungsfernen Schichten vor allem in den ersten Jahren verstärkt gefördert.

Es macht mich wütend, dass sich die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten im Bildungsbereich seit Jahren verschlechtern, die Personalausstattung in den Bildungseinrichtungen und die Investitionen in Qualitätsentwicklung bestenfalls stagnieren, die Einstellungsstandards kontinuierlich gesenkt werden, die qualitativen Erwartungen dagegen kontinuierlich steigen.

Bund und Länder müssen die Finanzierung der Bildung gemeinsam angehen. Geld ist genug da in unserem Land. Eine gerechte Besteuerung von Vermögen, Kapital und Erbschaften muss dazu beitragen, Bildung zu finanzieren.

Der Spielraum des Landes bei der Erhebung von Steuern ist sehr begrenzt. Deshalb muss das Kooperationsverbot fallen. Ich kritisiere nachdrücklich, dass Ministerpräsident Kretschmann am Kooperationsverbot nicht rütteln will.

Ich werde aus der Sicht des Landes Baden-Württemberg Beispiele für den beträchtlichen schulischen Investitionsbedarf benennen. Er stellt sich in den anderen Bundesländern nicht anders dar.

Der Start in das laufende Schuljahr begann nicht erst in diesem Jahr in den allermeisten Bundesländern mit Problemen in der Stellenbesetzung und damit in der Unterrichtsversorgung. In Baden-Württemberg konnten zehn Prozent der unbefristeten Stellen, überwiegend Beamtenstellen, nicht besetzt werden, vor allem in den Grundschulen. Wir haben Lehrermangel in Baden-Württemberg und in nahezu allen anderen Bundesländern.

- Jetzt sollen Gymnasiallehrkräfte an Grundschulen eingestellt werden.
- 1.074 Lehrerstellen und weitere 200 der 600 für Flüchtlinge geschaffenen Stellen werden in diesem Jahr in Baden-Württemberg gestrichen. Mit Verrechnung der Neustellen knapp 700 Stellen weniger.
- Es ist ein Armutszeugnis, dass KM´in Eisenmann den Fremdsprachenunterricht in der Grundschule kürzen will, um die notwendige Förderung in der Grundschule aufbauen zu können. Statt der vorgesehenen Erweiterung des Pflichtunterrichts werden Grundschulstellen für Inklusion – in allen Schularten – umgewidmet. Die Grundschule wird als Steinbruch verwendet.
- In Sachsen wurden zum Schuljahr 2016/17 über alle Schularten hinweg 45 Prozent Seiteneinsteiger/innen eingestellt, in der Schulart Mittelschule waren es 54 Prozent.
- In Rheinland-Pfalz sind 25 Prozent der neu eingestellten Lehrkräfte in der Grundschule keine ausgebildeten Grundschullehrkräfte.

Die Reihe ließe sich problemlos fortsetzen.

Der Lehrermangel hat mehrere Gründe:

1. Es besteht aufgrund der starken Pensionierungsjahrgänge erheblicher Ersatzbedarf.
2. Erweiterte pädagogische Aufgaben erfordern in beträchtlichem Umfang zusätzliche Lehrkräfte - und auch sozialpädagogische Fachkräfte und Schulsozialarbeiter/innen.
3. Die Attraktivität des Lehrerberufs sinkt.

Die GEW Baden-Württemberg hat im April eine Studie zum Lehrerberuf an Grundschulen vorgestellt.

Einschließlich der prognostizierten anwachsenden Schülerzahlen (zusätzlicher Stellenbedarf 2.559) besteht 2030/31 ein Grundbedarf von 24.650 Stellen.

Für pädagogische Verbesserungen besteht ein weiterer Mehrbedarf von 5.439 Stellen.

In der Summe besteht ein Mehrbedarf von 7.998 Stellen für das Schuljahr 2030/31 im Vergleich zum Schuljahr 2015/16.

In diesen Berechnungen sind keine zusätzlichen Stellen für Inklusion und die Einführung des Ethik-Unterrichts enthalten.

Die GEW schlägt Alarm und fordert die Landesregierung endlich zum Handeln auf.

Wie dramatisch die Situation ist, lässt sich an Beispielen belegen:

Für Vorbereitungsklassen (Flüchtlinge) stehen pro Grundschulklasse 18 Stunden zur Verfügung. Im Schuljahr 2017/18 sollen die Schulen nur noch 12 Stunden bekommen. An den Werkrealschulen sieht es ähnlich aus (nur noch 16 statt 25 Stunden).

Schulen haben erweiterte pädagogische Aufgaben

Ganztagschule

Die Grundschule muss im Anschluss an die Kita Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen. Und sie muss durch einen gut gestalteten Ganztag zum Abbau der Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft beitragen.

An den Grundschulen und an weiterführenden Schulen ist der Ganztag unzureichend ausgebaut.

Der offene Ganztag dominiert als Billigmodell und überzeugt Eltern oft nicht.

Vielfach wird der Ganztag mit prekären Beschäftigungen, mit Ehrenamtlichen, organisiert. GEW sperrt sich nicht gegen Ehrenamtliche als Ergänzung des Angebots. Allerdings kann Schule mit einem Flickenteppich von Beschäftigten nicht als Lebensraum gestaltet werden und nicht dazu beitragen, Bildungsbenachteiligung abzubauen. Die Angebote der örtlichen Vereine tragen nicht zur Unterstützung beim Lesen, Schreiben und Rechnen bei. Sozialpädagogische Fachkräfte haben im Ganztag äußerst unbefriedigende Arbeitsbedingungen und suchen sich deshalb Alternativen.

Schulsozialarbeit

Längst ist klar, dass Schulsozialarbeit aus der Zuordnung zu sogenannten Brennpunktschulen heraus muss und in allen Schulen als präventiver Ansatz gebraucht wird.

Nur 1.300 volle Stellen gibt es in Baden-Württemberg. Um unsere Forderung nach 1:150 umzusetzen, sind mehr als 9.000 zusätzliche Schulsozialarbeiter/innen notwendig. Eine Stelle kostet rund 50.000 Euro. Zusätzliche Kosten 450 Millionen.

Schulpsychologie

Nach dem Amoklauf in Winnenden wurde die Zahl der Schulpsycholog/innen von 100 auf 200 verdoppelt. Im vergangenen Jahr mussten wir viel Energie aufwenden, um Stellenstreichungen zu verhindern. Wir haben derzeit einen Schlüssel von 1 Psychologe/in: 10.200 Schüler/innen (bundesdurchschnitt ca. 7.600).

Inklusion

Kein Bundesland hat für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen Rahmenbedingungen geschaffen, die für alle betroffenen Schüler/innen und die beteiligten Lehrkräfte akzeptabel sind – obwohl sich die Bundesrepublik durch Unterzeichnen der UN-Konvention dazu verpflichtet hat.

Wir brauchen für Inklusion das Zwei-Pädagogen-Prinzip.

2014 wurde ein zusätzlicher Stellenbedarf von über 4.000 Lehrerstellen errechnet (Kosten 240 Millionen Euro). Diese Zahl wurde im Gesetzentwurf 2015 kleingerechnet auf noch rund 1.350 zusätzliche Stellen. Davon wurden bisher 400 geschaffen. Das alles bei einem strukturellen Unterrichtsdefizit im sonderpädagogischen Bereich von weit über 5 Prozent und einer Inklusionsquote, die deutlich über den Annahmen liegt.

Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen

Wartelisten für den Schulbesuch, gekürzte Stundenpläne, Schüler/innen ohne Sprachkenntnisse in großen Regelklassen, sehr viele Lehrkräfte ohne abgeschlossene Lehrerausbildung und ohne einschlägige Ausbildung für Spracherwerb – das ist die Realität an den Schulen. Das sichert nicht das

Recht auf Bildung und trägt nicht zur raschen Integration in unsere Gesellschaft, in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, in unsere Demokratie bei.

Hoher Vertretungsbedarf durch Mutterschutz und Elternzeit sowie Langzeiterkrankte

Jährlich sind mehr als 5.000 Lehrkräfte in Mutterschutz und Elternzeit, 1.500 langzeiterkrankt. Das Kultusministerium versucht mit 1.666 vollen Stellen aus dem Bestand, also ca. 2.000 Personen und 3.000 befristet Beschäftigten die Ausfälle aufzufangen. Die befristet Beschäftigten wird es aufgrund des Lehrermangels, der niedrigen Bezahlung und der Arbeitslosigkeit in den Sommerferien in absehbarer Zeit nicht mehr geben.

In allen Bundesländern haben wir die Situation,

- dass nicht mehr alle Stellen besetzt werden können,
- dass vielfach Personen ohne abgeschlossene Lehrerausbildung eingestellt werden,
- dass für Vertretungen während des Schuljahres kaum mehr Lehrkräfte gefunden werden,
- dass insbesondere Grundschullehrkräfte und Förderschullehrkräfte fehlen.

Vertretungsreserve muss aus zusätzlichen Stellen aufgebaut werden.

Zu niedrige Investitionen in die Grundschule

Deutschland gehört zu den reichsten Ländern der Erde. Bei der Finanzierung unserer Grundschulen liegen wir aber gerade mal im OECD-Durchschnitt.

Obwohl die Grundschule mit den Kitas die Basis des Bildungssystems darstellt, ist ihre Ausstattung im Vergleich mit den weiterführenden Schulen immer noch unterdurchschnittlich. Das gilt auch für die Ausstattung und für die Bezahlung der Lehrkräfte und der Schulleitungen. Bei der Lehrer-/Schüler-Relation liegt Baden-Württemberg auf dem 16. Platz der 16 Bundesländer.

In Baden-Württemberg haben die Grundschulen weiterhin als einzige Schulart keine Unterrichtsstunden in der Pflichtstundenzuweisung (sog. Poolstunden), mit denen sie Förderkonzepte aufbauen, auch musische und kulturelle Angebote machen können.

Ethik-Unterricht

Der Ethik-Unterricht wird unseren Grundschulen und bis Klasse 7 weiterhin verweigert, obwohl Werteerziehung, Werteorientierung, die Auseinandersetzung mit Religionen noch nie so wichtig war.

Investitionsbedarf in Gebäude

Der Städtetag hat in Baden-Württemberg einen Investitionsstau (technischer Sanierungsstau und pädagogische Funktionalität) bei Schulgebäuden in Höhe von 3 bis 4 Milliarden Euro errechnet (Schallschutz, Schadstofffreiheit, Raum zum Lernen und Arbeiten, Barrierefreiheit, (Frei-)Räume für gesunde Pausengestaltung). Diese Zahl korreliert mit dem vom Deutschen Institut für Urbanistik im Auftrag der KfW-Bankengruppe erstellten „KfW-Kommunalpanel 2015“, in dem bundesweit ein Schul-Investitionsstau von ca. 32 Milliarden Euro konstatiert wird. Nicht nur der Sanierungsbedarf ist riesig. Pädagogische Entwicklungen erfordern ein verändertes Raumkonzept.

Ich erwarte, dass die Gelder vom Bund bald fließen. Das schafft durch freiwerdende Mittel Spielraum für weitere Bildungsinvestitionen, die wir dringend brauchen – insbesondere für Personal.

Kosten Digitalisierung

Die Digitalisierung der Schulen, Qualifizierung und sächliche Ausstattung, wird von den Ländern zwar als wichtig definiert. Wie sie finanziert werden soll, steht in den Sternen.

Arbeitsbedingungen im Schulbereich

Weil die Länder nicht entsprechend dem pädagogischen Bedarf investieren, „gewinnen“ sie die Ressourcen aus der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Ich habe bisher nur den pädagogischen Bedarf genannt. Nicht zuletzt geht es uns als Gewerkschaft selbstverständlich um die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten. Arbeitszeit wird im Schulbereich in Unterrichtsstunden gemessen. Diese Messgröße hat sich in den vergangenen Jahrzehnten kaum verändert. Auch Menschen, zu deren Lieblingsberufsgruppe Lehrer/innen nicht gehören, werden einräumen, dass der Lehrerberuf nicht einfacher und die Aufgaben nicht weniger geworden sind. Die Unterrichtsverpflichtung muss gesenkt werden! Es sind in beträchtlichem Umfang Zeit und damit Lehrerstellen notwendig, um Kommunikation, Kooperation, Teamentwicklung, Konzeptentwicklung, Qualitäts- und Personalentwicklung, Beratung mit allen am Schulleben Beteiligten zu gestalten. Auch der bürokratische Aufwand an Schulen hat deutlich zugenommen.

Das spüren auch die Schulleitungen, deren Arbeits- und Einkommensbedingungen insbesondere an kleineren Schulen nicht dem Status einer Führungskraft entsprechen. Deshalb gibt es kaum noch Bewerbungen.

Die Landesregierung will die Schulqualität verbessern. Das geht nicht zum Nulltarif. Zusätzliche finanzielle Investitionen sind notwendig, um Lehrkräfte auf veränderte pädagogische und fachliche Aufgaben vorzubereiten, sie fachlich zu unterstützen und zu begleiten. Dafür braucht es eine Professionalisierung der Lehrkräftefortbildung. Es reicht nicht, Gesetze zu Inklusion und integrativem Unterricht zu verabschieden und Einzelmaßnahmen zu ergreifen.

Die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst hinkt hinter der Wirtschaft zurück. Wir erkennen an, dass die Landesregierung zum 1. Januar 2018 die Absenkung der Eingangsbesoldung vollständig zurücknimmt.

Die GEW fordert ein, dass gleiche und gleichwertige Arbeit gleich bezahlt wird. Wissenschaftliche Lehrkräfte müssen mit A 13/E 13 bezahlt werden. Die Haushaltspolitik verhindert angemessene Besoldung.

Der Zusammenhang zwischen Qualität und Arbeitsbedingungen ist nicht im Blick der Landesregierungen.

Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes sinkt. Der Lehrerberuf wird immer anspruchsvoller, Lehrkräfte stehen in der Kritik. Das ist keine Motivation für das Lehramtsstudium. Die Konjunktur läuft gut. Da bieten sich klare Alternativen zum Lehrerberuf.

Bildungsfinanzierung

Wir erinnern daran, dass Bundeskanzlerin Merkel vor 10 Jahren die Bildungsrepublik Deutschland ausrief und die Bildungsausgaben auf 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhöhen und weitere 3 Prozent in die Forschung investieren wollte.

Die Ausgaben im Landeshaushalt Baden-Württemberg für Bildung haben sich seit 1995 kaum verändert. Sie lagen 2015 bei 3,3 Prozent des BIP (Deutschland 4,2; OECD 4,8).

Baden-Württemberg (Land und Kommunen) gibt im Ländervergleich unterdurchschnittlich viel Geld pro Schüler/in an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen aus. Bei den beruflichen Schulen liegen die Ausgaben bundesweit auf dem zweiten Platz.

OECD-Durchschnitt 2013 (öffentlich und privat): 5,2; Deutschland 4,3

Gute Bildung und gute Arbeitsbedingungen sind finanzierbar (Länderertragssteuern)

Auch die grün-schwarze Regierung in Baden-Württemberg behauptet im Koalitionsvertrag, im Interesse künftiger Generationen zu handeln: „Grüne und CDU eint auch das Bestreben, die finanziellen Gestaltungsspielräume zukünftiger Generationen zu erhalten. [...] Wir wollen weder in finanzieller noch in ökologischer Hinsicht auf Kosten unserer Kinder leben.“ Diese Argumentation ist nicht neu und wird durch ständige Wiederholung nicht wahrer. Sie suggeriert, dass die Schulden des Landes daher rühren, dass die Bevölkerung, die Landesbeschäftigten oder die Jugendlichen „über ihre Verhältnisse“ gelebt hätten.

Die GEW weist dies entschieden zurück. Die Schulden der öffentlichen Hand sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Umverteilungspolitik von unten nach oben.

1996 ließ z.B. die Regierung Kohl die Vermögensteuer – eine Ländersteuer – auslaufen. Mitte der neunziger Jahre nahm das Land jährlich ca. 600 Millionen Euro an Vermögensteuer ein. Nach Berechnungen der GEW könnte Baden-Württemberg derzeit ca. 2,9 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen. Seit 1996 stieg die Verschuldung im Landeshaushalt um ca. 21 Milliarden Euro an – ein guter Teil des Schuldenanstiegs geht also auf das Auslaufen der Vermögensteuer zurück.

Das Gesetz zur Reform der Erbschaftssteuer wurde am 4. November 2016 verabschiedet. Mehreinnahmen von nur 235 Millionen Euro bundesweit werden berechnet. Insgesamt bringt die Erbschafts- und Schenkungssteuer derzeit rund sechs Milliarden Euro ein. Das ist aber nicht einmal ein Hundertstel des gesamten Steueraufkommens.

Die GEW hat ein eigenes Steuerkonzept vorgelegt, das nach dem Abzug von angemessenen Freibeträgen, die die steuerfreie Vererbung von normalem Familienvermögen sicherstellen, und einer progressiven Besteuerung einen Steuersatz in Höhe von 30 Prozent bei nahen Verwandten und 50 Prozent bei Nicht-Verwandten für Erbschaften ab zehn Millionen Euro vorsieht. Angestrebt werden Mehreinnahmen von sechs Milliarden Euro. So würde sich das jährliche Erbschaftsteueraufkommen bundesweit auf insgesamt zehn Milliarden Euro belaufen. (Baden-Württemberg 2015 850 Mill. Euro). Eine Verdopplung der Einnahmen entspricht in etwa dem Kürzungsziel, das die Finanzministerin für den Haushalt 2017 vorgegeben hat.

Die Liste der Einnahmeausfälle der öffentlichen Hand durch Steuergeschenke, Schlupflöcher oder Steuerhinterziehung ließe sich beliebig verlängern. Allein die Steuerrechtsänderungen seit 1998 haben von 2000 bis 2010 bundesweit zu Steuerausfällen von mehr als 300 Milliarden Euro geführt. Profitiert haben vor allem Unternehmen, Vermögende, Spitzenverdiener/innen und reiche Erben. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der vergangenen 25 Jahre hat soziale Ungleichheit massiv befördert.

Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg hatte 2011 die Grunderwerbsteuer von 3,5 auf 5 Prozent erhöht. Diese jährlich mehr als 300 Millionen kamen den Kommunen für den Krippenausbau und die Schulsozialarbeit zugute. Diese Steuer hat gezeigt, dass es möglich ist, staatliche Aufgaben durch Steuern zu finanzieren.

Gute Bildung und gute Arbeitsbedingungen sind finanzierbar.

Was bringt das Sparen für die Zukunft, wenn die Attraktivität des öffentlichen Dienstes weiter sinkt? Und was bringt das Sparen, wenn Kinder und Jugendliche heranwachsen, die die gleiche Perspektivlosigkeit wie ihre Eltern erwartet und sie als Erwachsene keine Steuern zahlen, sondern Unterstützung aus Steuergeldern brauchen?

Wie werden junge Menschen zu toleranten, selbstbewussten, demokratischen Menschen, wenn sich Schule – überspitzt formuliert – auf Schreiben und Rechnen reduziert?

Die GEW Baden-Württemberg hat 2012 folgenden Aufkleber gedruckt: Gute Bildung ist teuer.

Schlechte Bildung ist so teuer, dass unser Land sie sich nicht leisten kann.

Es ist unglaublich und nicht zukunftsorientiert, wenn eine Regierung nur die Haushaltskonsolidierung im Kopf hat und Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich und Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten Lippenbekenntnisse bleiben.

Dieses Signal sendet die GEW von ihrem Gewerkschaftstag in Freiburg und mit der bundesweiten Initiative „Bildung. Weiter denken!“

Ich freue mich auf den Gewerkschaftstag. Ich freue mich auch darüber, dass Marlis Tepe erneut kandidiert und wünsche ihr ein gutes Wahlergebnis.